

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD



>> ENTWICKLUNG

Corona in Mali - Hilfen zur Ernährungssicherung

>> SPDqueer

Nürnberger Pride Weeks



Liebe Leserinnen und Leser,

die Verhandlungen waren zäh und lang. Nach über 90 Stunden haben die EU-Staaten Corona-Hilfen und den neuen EU-Haushalt beschlossen. Die Europäische Union hat damit bewiesen, dass sie handlungsfähig ist und um die historische Situation weiß, die sie zu meistern hat. 390 Milliarden an Investitionszuschüssen sind ein starkes Zeichen, dass die Staaten Europas auf eine gemeinsame Zukunft vertrauen und dafür bereit sind solidarisch zu handeln. Das Ergebnis mit neuen, bisher nicht dagewesenen Instrumenten und neuen und in ihrem Umfang nie dagewesenen Geldmitteln schafft ein beispielloses europäisches Bündnis der Solidarität. Corona macht es notwendig, aber eben auch möglich.

Diese Bereitschaft zu Kompromiss und Fortschritt muss nun auch bei den Verhandlungen zur konkreten Ausgestaltung der Investitionszuschüsse, der Umsetzung möglicher Reformen und dem Bekenntnis zu den europäischen Werten der Rechtsstaatlichkeit klar zum Tragen kommen. Wenn alle dazu bereit sind, können Lösungen erreicht werden, die für alle Länder zufriedenstellend sind und Europa als Ganzes voranbringen.

Euer

Thorsten Brehm



„ES LOHNT SICH IMMER“

GESPRÄCH MIT GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRIN JAANA HAMPEL
ZUR AKTUELLEN SITUATION DER BESCHÄFTIGTEN BEI
GALERIA KARSTADT KAUFHOF

Jaana Hampel,
Gewerkschaftssekretärin

Von KERSTIN GARDILL

Seit elf Jahren ist sie mittlerweile hauptamtlich dabei und sie hat schon zahlreiche Kämpfe geführt, um Arbeitsplätze zu erhalten. Gelungen ist das zwar nicht immer, aber gelohnt hat es sich doch, weil es immerhin häufig gelungen ist, bessere Rahmenbedingungen für die Beschäftigten zu verhandeln.

Jetzt, im Jahr 2020, das Corona-bedingt für viele Menschen eine große Herausforderung ist, hat es Jaana Hampel, Gewerkschaftssekretärin und Mutter von zwei Kindern, mit einer ganz besonders großen Herausforderung zu tun:

Die 34-jährige ist die zuständige Betreuungssekretärin für den Handel – also für Warenhäuser, Verbrauchermärkte, selbständige Einzelhändler und für die Bereiche Möbel und Elektro. Damit vertritt sie kollektivrechtlich auch die Interessen der Beschäftigten von Galeria Karstadt Kaufhof und sie ist die Kontaktperson für die Betriebsräte.

Der 19. Juni 2020 jedenfalls war für sie alle ein schwarzer Tag. An diesem Freitag verkündete die Unternehmensleitung die Schließung zahlreicher Filialen im gesamten Bundesgebiet – darunter auch die beiden Nürnberger Filialen in der Innenstadt und im Einkaufszentrum Langwasser. >>



Blicken trotz allem zuversichtlich in die Zukunft: Jaana Hampel und Kerstin Gardill.

Der schwarze Freitag

„Das Unternehmen steckt aus vielerlei Gründen schon seit ungefähr 20 Jahren in der Krise – aber dass es gerade diese beiden Häuser treffen soll, das kam doch sehr überraschend“, sagt Jaana Hampel. Beide Häuser gehören zu den „starken“ Häusern. Gut organisiert, mit langjährigen Beschäftigten und starken Betriebsräten. Und schwarze Zahlen schreiben sie auch. „Die Ankündigung vom 19. Juni war für die Beschäftigten ein Schlag ins Gesicht“, schildert Hampel die Situation. „Sie mussten so schon viel durchmachen in den vergangenen Jahren: Personalabbau, Managementfehler, Inhaberwechsel und Tariffucht. Und sie haben entscheidend dazu beigetragen, dass das Unternehmen weiterbestehen konnte, in dem sie akzeptieren, 130 Euro (!!!) weniger Gehalt zu bekommen. Und dann das“, erzählt Jaana Hampel sichtlich berührt. Im Übrigen, erzählt sie weiter, trifft es hier in erster Linie Frauen, Familien und Alleinerziehende, die einen Großteil der Beschäftigten ausmachen.

„Es ist Bewegung drin“

Eigentlich war für 2021 die Rückkehr zum Flächentarifvertrag geplant. Doch dann kam Corona.

Sanieren wollte die Unternehmensleitung ja schon lange, erläutert die Gewerkschaftssekretärin die Zusammenhänge. „Aber das ging immer nur in eine Richtung, nämlich auf Kosten der Beschäftigten. Investitionen oder gar Konzepte, die auf die Zukunft ausgerichtet sind, gab und gibt es nicht. Mir kommt es so vor als wäre Corona das Vehikel gewesen, um zu sagen: Jetzt sanieren wir richtig!“ Aber natürlich drehte die Unternehmensleitung hier wieder nur an der Kostenschraube. Doch dass es sich immer lohnt, sich auf die Hinterfüße zu stellen, zeigt allein die Tatsache, dass

ursprünglich sogar 80 Filialen geschlossen werden sollten. „Uns Gewerkschaften ist es dann gelungen, die Zahl auf 63 herunter zu handeln und es ist nach wie vor Bewegung drin“, betont Hampel. Und Verdi hat nun auch einen Tarifvertrag Zukunft ausgehandelt. Ein tarifpolitisches Novum, weil hier die Vorschläge der Beschäftigten konkret berücksichtigt werden sollten. So erhoffen sich die Gewerkschafter*innen ein tragfähiges Zukunftskonzept für das Warenhaus.

„Wir kämpfen wie wild“

Dass es sich tatsächlich lohnt nicht aufzugeben, zeigt sich auch zwei Tage nach unserem Gespräch: Die Filiale in der Innenstadt ist gerettet! Die 283 Beschäftigten können ihre Arbeit behalten. Die Erleichterung ist auf allen Seiten groß – hätte doch die Schließung große Auswirkungen auf die gesamte Nürnberger Innenstadt gehabt: „Wir haben hier unter der Woche eine Kundenfrequenz von 15.000 Menschen pro Tag – am Wochenende sogar 25.000. Diese Kunden gehen natürlich auch in andere Läden. Es braucht nicht viel Fantasie um sich vorstellen zu können was passiert, wenn dieser Kundenstamm wegbricht“.

Auch Langwasser gerettet

Am 17. Juli 2020 erreicht uns die Meldung, dass auch die Filiale in Langwasser gerettet werden konnte! Und ich als Interviewerin habe größten Respekt vor Jaana Hampel, die sich wie eine Löwin für die Beschäftigten einsetzt. Und natürlich vor den Betriebsräten und den Beschäftigten selbst, die sogar verzichten, um ihr Unternehmen erhalten zu können und nicht aufgeben. Auch dann nicht, wenn die Lage erst einmal aussichtslos scheint.

Das Gespräch mit Jaana Hampel führte Kerstin Gardill am 1. Juli 2020.

von GUDRUN KAHL

Selbst verwaltete Getreidespeicher, Saatgut-hilfen und bewirtschaftete Gartenanlagen – nachhaltige Projekte, wie sie die LAG Mali in den ländlichen Gebieten unterstützt, basieren immer auf der Initiative und Mitarbeit der beteiligten Landfrauen. In Krisenzeiten und - wie aktuell - bei steigenden Nahrungsmittelpreisen „retten“ sie die bäuerlichen Haushalte über Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung. Frauen stehen im Mittelpunkt der Projekte, denn sie sind im Zugang zu Ressourcen benachteiligt und zählen zu den vulnerablen Gruppen innerhalb der malischen Gesellschaft.

„Trotz Corona konnten wir unsere laufenden Projekte dank unserer malischen Partner erfolgreich fortsetzen.“ sagt Stefan Schuster, MdL, der seit 2005 Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Entwicklungshilfe Mali (LAG Mali) ist. Bis Ende Juni wurden im Landkreis Kita zwei neue Gartenanlagen mit Bewässerungsbrunnen aufgebaut.

Oft vermitteln die im Projekt eingesetzten Fachkräfte wichtige Informationen zu COVID 19. Nach entsprechender Schulung und Ausstattung, leisten sie in den Dörfern zusätzliche Aufklärungsarbeit als vertrauenswürdige Mittler, die man seit Jahren kennt. Denn auch in den ländlichen Gebieten Malis kursieren Zweifel und Fake-News zur Corona Pandemie, die es auszuräumen gilt. Das Vertrauen in staatliche Behörden ist dort oft gering.

Ende März dieses Jahres erreichte die Corona Pandemie auch Mali. Bis Mitte Juli hatten sich 2412 Menschen mit dem Virus infiziert, 121 MalierInnen sind daran gestorben. Im internationalen Vergleich erscheinen diese Zahlen relativ gering. Doch es ist von einer hohen Dunkelziffer von Infizierten auszugehen. Die Kapazitäten des malischen Gesundheitssektors für Tests und auch in der Behandlung von Erkrankten sind gering. Vor allem in ländlichen Gebieten. Frühzeitig und noch bevor die ersten Fälle von COVID 19 bekannt wurden, schränkte die malische Regierung den Flugverkehr ein und schloss die Landesgrenzen, ebenso Schulen und Universitäten. Versammlungsverbote, nächtliche Ausgangssperren und die Schließung von Hotels und Restaurants folgten, um eine weitere Ausbreitung der Pandemie zu begrenzen.

Die strikten Beschränkungen durch die Regierung führten v.a. in den städtischen Zentren zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten. Allein in der Hauptstadt Bamako verloren nach Berichten der Weltbank 50 % der malischen Haushalte ihre Arbeit. MalierInnen, die als Kleinhändlerinnen oder

CORONA WELTWEIT UND IN MALI

HILFEN ZUR ERNÄHRUNGSSICHERUNG - AUS NÜRNBERG



„Der Rettungsschirm“ eine Getreidebank im Landkreis Kita, unter dem die Frauen noch eng zusammenstehen.

Tagelöhner im informellen Sektor beschäftigt sind, können nicht auf soziale Sicherungssysteme zurückgreifen.

Infolge der weltweiten Corona-Pandemie gingen auch die Geldüberweisungen der außer Landes lebenden Migranten zurück. Malische Haushalte, die auf diese Transfers angewiesen sind, hatten daher ein Problem, sich ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Einkommensverluste bei gleichzeitig steigenden Lebensmittelpreisen um bis zu 15 % treffen vor allem die Armen. Jene, die „von der Hand in den Mund“ leben und über keine Reserven verfügen. Laut Umfragen haben bereits 10 % der malischen Haushalte Hunger erlitten.

Mit Mali trifft die Corona Pandemie auf ein Land, das nicht nur zu den zehn ärmsten Ländern der Welt zählt. Es steckt zudem seit 2012 in einer vielschichtigen Krise fest: Die instabile Sicherheitslage im Norden hat sich trotz starker militärischer Präsenz verschlechtert und in den letzten Jahren auf zentrale Regionen Malis ausgedehnt. Bewaffnete Konflikte und Überfälle, die auch im benachbarten Burkina Faso und Niger zugenommen haben, führten zu weiteren Fluchtbewegungen. Mali beherbergt 296.750 Geflüchtete, davon sind 251.000 Binnenflüchtlinge (Stand: Mai 2020).

Die Enttäuschung und fehlendes Vertrauen der malischen Bevölkerung in die amtierende Regierung kennzeichnen eine weitere, politische, Dimension der Krise Malis. Und diese spitzt sich zu: Seit dem 5. Juni demonstrierten Zehntausende Malier regelmäßig in Bamako und forderten den Rücktritt von Präsident Keita. Die neue Protestbewegung vereint verschiedene oppositionelle Gruppen. Es gelingt ihr, ungeachtet der Ansteckungsgefahr mit COVID 19 Massen zu mobilisieren, die unter anderem die Rechtmäßigkeit der letzten Parlamentswahlen infrage stellen. Mitte Juli eskalierte der Protest, der über mehrere Tage andauerte.

Corona und die damit verbunden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verschärfen die Armut und vermutlich auch die politischen Spannungen im Land. In letzter Konsequenz droht vielen Menschen Mangelernährung und Hunger – vor allem in den Städten und in den unsicheren Gebieten im Zentrum des Landes. Verarmte MalierInnen ohne Perspektiven sind versucht, sich den bewaffneten Gruppen anzuschließen, die ihnen „gutes Geld“ versprechen. Und damit schließt sich der Kreis der „Krisenspirale“.

Es braucht ziviles Engagement und weltweite Solidarität!



Frauen beim Wasser schöpfen in ihrem Garten, den die LAG unterstützt hat, Kommune Dombila.

Mehr Informationen zur LAG Mali und ihren Projekten:

www.lag-malihilfe.de
oder per Mail: lag-mali@web.de

Kontakt:
LAG Mali e.V.
Karl-Bröger-Str.9
90459 Nürnberg
Tel:+49(0)911-4501373
(Mo, Di und Do 10.00 – 12.30 h)

Spendenkonto:
VR meine Bank eG –
Fürth/Neustadt/Uffenheim
IBAN: DE65 7606 9559 0003 2590 05
BIC: GENODEF1NEA

WIEDER STABILITÄT: FÜR MÜTTER UND ÄLTERE MENSCHEN

REIHE: DIE GESCHICHTE DER AWO NÜRNBERG



Bilder:AWO Nürnberg



Altenheim in Langwasser, heute
Hanns-Schneider-Heim



Mutter und Kind in
Schniegling

von KERSTIN GARDILL

Eine weitere „Zielgruppe“, die nach der besonders anstrengenden Zeit des Wiederaufbaus Unterstützung und vor allem Erholung benötigte, war die Gruppe der Mütter, die meist Mehrfachbelastungen ausgesetzt waren. Wie schon während der Weimarer Zeit, setzte die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt hier einen weiteren Schwerpunkt ihrer Hilfestellung. Eine wichtige Einrichtung hierfür war das schon einmal kurz erwähnte, 1953 eröffnete, Müttererholungsheim in Vorra.

Mutter braucht Ferien

Der Jahresbericht der Nürnberger AWO von 1961/62 gibt uns Einblicke in die Situation von Frauen mit Kindern: „Den Müttern zu helfen“, so heißt es hier, „ist dem Kreisverband schon aus der Tradition vor dem 1933-Verbot der Arbeiterwohlfahrt ein große Verpflichtung. (...) Einen Einblick in die Notwendigkeit der Müttererholung vermittelt die Heimstatistik. So waren von den Müttern, die in Erholung gewesen sind, 28,92 % verwitwet, 9,46 % Kriegs-

witwen, 10,81 % geschieden (...). Bei 55,94 % aller Mütter ruht die Last der ganzen Familie allein auf deren Schultern (...). Es ist deshalb kein Wunder, wie schlecht es um den Gesundheitszustand bestellt ist.“ Die nachfolgend aufgezeigten gesundheitlichen Schäden der Frauen sind in der Tat erschreckend und zeigen uns den hohen Grad der dauerhaften Belastung: „35,1 % mit Herzschwäche und Kreislaufschäden, 40,75 % mit nervöser Erschöpfung, 27,57 % mit Galle-, Leber- und Magenerkrankungen, 16,44 % mit eben überstandener schwerer Operation.“ Und weiter heißt es hier: „Die 370 im Jahre 1962 im Heim weilenden Mütter wiesen 809 schwere Erkrankungen auf. Die Gesundheit der einzelnen Mutter war fast immer an mehreren Stellen stark angegriffen. Die Zahl der frühinvaliden Frauen war besonders groß. Wie notwendig die Müttererholung ist, geht aus wenigen Zahlen besonders deutlich hervor.“

Unterstützung für Alleinerziehende

Die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt hat es nicht „nur“ bei der Unterstützung für Frauen mit Kindern in Vorra belassen, sondern leistete

auch in anderen Bereichen Unterstützung – etwa im Bereich der Beratung von Alleinerziehenden. Auch hier gibt uns ein Jahresbericht von 1957/58 ein eindrucksvolles Zeugnis über die besonders schwere Lage der alleinerziehenden Frauen: „Wenn die Mütter nicht wären, sähe es oft traurig um das Schicksal der Kinder aus. Wir erleben es immer wieder, mit welcher Selbstverständlichkeit die Mutter ihre Kinder oft jahrelang allein, ohne einen Zuschuss des Mannes, ernährt und durchbringt. So hat eine geschiedene Frau acht Jahre lang ihre drei Kinder allein durch ihre Berufsarbeit ernährt, ohne dass der Vater auch nur etwas bezahlt hat. (...) Selbst in den Abendstunden hat sie versucht durch Arbeit noch etwas zu verdienen. Die Folge dieser Überbelastung ist heute eine frühzeitige Schädigung ihrer Gesundheit bei 38 Jahren. Uns ist es jetzt gelungen, von ihrem Mann eine laufende Zahlung zu erhalten.“ Auch in einem anderen Fall wurde die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt aktiv: „(...) ein Mann [hatte] nach 30-jähriger Ehe seine Frau und sein Kind verlassen und nur sehr wenig Unterhalt gezahlt. Durch jahrelange Berufs- und Hausarbeit wurde die Frau schon Mitte fünfzig invalide. (...) Wir haben nun den Unterhalt erhöht und auch andere berechnete Forderungen in einer gemeinsamen Aussprache der Eheleute durchgesetzt. Nicht nur die erhöhten Geldeinnahmen, sondern das Bewusstsein: hier ist ein Mensch, der mir helfend zur Seite steht (...) hat die Frau gestärkt, ermutigt und dankbar empfunden.“ Diese Schilderungen sprechen für sich und veranschaulichen uns die große Bedeutung dieser Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Mütter und deren Kinder.

Ein Heim mit Modellcharakter: Das Mutter-Kind-Heim in Schniegling

Doch oftmals reichte diese Hilfestellung trotz allem nicht aus. Die Nürnberger AWO, damals unter der Leitung von Käthe Reichert (1. Vorsitzende) und Bertold Kamm (Geschäftsführer), entschloss sich deshalb, eine dauerhafte Einrichtung für alleinerziehende Frauen und

ihre Kinder zu schaffen: Das Mutter- und Kindheim im Nürnberger Stadtteil Schniegling. Nach nur einem Jahr Bauzeit konnte das Haus eröffnet werden und war schon kurz nach der Einweihungsfeier am 25. November 1966 voll belegt. „Diese alleinstehenden Frauen sind sehr glücklich, dass sie jetzt eine Wohnung haben. Unbeschwert können sie ihrer Tagesarbeit nachgehen. Ihre Kinder erfreuen sich in der guten Obhut staatlich geprüfter Kindergärtnerinnen (...). 42 Mütter haben in den Wohnappartements mit 28 qm Wohnfläche (...) ein gutes Zuhause gefunden. Jede Kleinwohnung ist mit Wohnzimmer, Schlafzimmer, Bad und WC, einer Kleinküche mit Abstellraum (...) ausgestattet.“ Weiterhin gibt uns der Jahresbericht von 1966 auch detaillierte Informationen über die Altersstruktur und den Familienstand der Frauen: Von den 42 Frauen waren 14 31 Jahre und älter, zwölf Frauen waren zwischen 26 und 30 Jahre alt, 15 zwischen 20 und 25 – eine Mutter war jünger als 20. 21 Frauen waren ledig, 17 geschieden, drei lebten getrennt von ihrem Mann und eine Mutter war verwitwet. Insgesamt bewohnten damals 95 Menschen – das Mutter- und Kindheim in der Weihergartenstraße.

Der besondere Stellenwert des Mutter-Kind-Heimes im Nürnberger Stadtteil Schniegling war auch den „Nürnberger Nachrichten“ nicht entgangen. Die Zeitung berichtete dazu am 14. Oktober 1966: „Als einziges Projekt dieser Art in der Bundesrepublik bietet es alleinstehenden, berufstätigen Müttern zusammen mit ihren Kindern eine Bleibe. Die Mütter können unbesorgt ihrer Tätigkeit nachgehen oder wieder ins Berufsleben eintreten, werden doch ihre Kinder während ihrer Abwesenheit vom Heim von geschulten Kräften fürsorglich betreut.“

Wieder Modellcharakter: Die zwei Altenheime

Neben der großen Aufgabe, alleinerziehende Mütter so gut es geht zu unterstützen, gab es eine weitere Gesellschaftsgruppe, die Hilfe brauchte: die Gruppe der älteren Menschen. Die Nürnberger AWO baute und eröffnete für diese Menschen in den 60er Jahren gleich zwei Alten- und Pflegeheime: 1962 das Heim in der Helenenstraße, das später in „Käthe-Reichert-Heim“ umbenannt wurde. Und 1967 das Alten- und Pflegeheim Nürnberg-Langwasser, das spätere Hans-Schneider-Haus. Beide Häuser bestehen bis heute und bilden neben den zahlreichen Kindergärten eine zentrale Säule des Nürnberger AWO Kreisverbands. In beiden Heimen war das oberste Gebot, das Gebot der Selbstbestimmtheit – nicht einmal eine Heimordnung gab es, was bei manchem auf Skepsis stieß. Doch es funktionierte, wie uns der Jahresbericht von 1969 erzählt: „Heime für alte Menschen werden heute so gebaut, daß jeder sein kleines Zuhause, sein eigenes Zimmer be-

kommt. Ein Heim kann keine Familie ersetzen, es kann aber das Gefühl des Geborgenseins geben. So lange die alten Leute in ihren Wohnungen leben, ist niemand da, der ihnen Vorschriften macht. Es hängt in keiner Wohnung ein Schild mit Verboten und Geboten.“ Weiter heißt es: „Als unser erstes Heim 1962 eröffnet wurde, ohne festgelegt Heimordnung, meinten die Skeptiker unter den Gästen, daß wir in kürzester Frist eine solche ausgehängt hätten. Aber es geht auch ohne Heimordnung.“ Für die Nürnberger AWO war es zudem auch selbstverständlich, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Heime ihr eigenen Schlüssel zum Haus hatten: „Um den Heimbewohnern das Gefühl zu geben, daß sie nicht wie Jugendliche beaufsichtigt werden, hat jeder seinen eigenen Hausschlüssel. Es ist keine Aufsichtsperson da, wenn jemand kommt oder geht.“ Dieses Gebot der Selbstbestimmtheit hatte höchste Priorität, wie uns auch folgende Sätze deutliche machen: „Solange die Heimbewohner noch Mietwohnungen hatten, gab es keine Institution die darauf achtete, darum müßte es in jedem Heim so gehalten werden. Wir wollen den Kontakt mit der Außenwelt zu jeder Zeit ermöglichen, daher haben wir keine festgelegten Besuchszeiten. Der Besuch soll ungezwungen erfolgen können und die Besucher so oft wie möglich kommen.“ Auch in der regionalen Presse wurde über das neue Altersheim berichtet. So schrieb die „Nürnberger Zeitung“ am 5. August 1960 anlässlich des Richtfests: „Mit drei Hammerschlägen gab Stadträtin Käthe Reichert, die erste Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, in Anwesenheit von Bürgermeister Franz Haas und Stadtrat Erich Röder das Startzeichen für den Bau eines ‚Modell-Altersheimes‘ (...). Damit wurde endlich mit der Erfüllung eines langgehegten Wunsches der Arbeiterwohlfahrt begonnen, ein Altersheim zu bauen, für das 1933 bei der Auflösung dieser karitativen Organisation bereits 119 000 RM vorhanden waren. (...) Es wird die Vorzüge eines Alterswohnheimes, in denen sich die alten Bürger selbst verpflegen müssen, mit denen des Altersheimes, in denen die Insassen die Verpflegung durch eine Gemeinschaftsküche erhalten, kombinieren.“

Sechs Jahre nach Einweihung des Heimes in der Helenenstraße, konnte bereits eine weitere Einweihung in Langwasser gefeiert werden. Dazu schrieben die Nürnberger Nachrichten: „Die Einweihungsfeier warf aber auch ein Licht auf die unermüdete Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt, die immer wieder neue, moderne Aufgaben anpackt.“

Nicht nur Pflege, sondern auch Erholung für Ältere

Für das Wohlbefinden der älteren Menschen zu sorgen war das Ziel der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt auch außerhalb von, bezie-

hungsweise zusätzlich zu den beiden Alten- und Pflegeheimen. So gab es unter anderem spezielle Erholungsangebote. Im Jahresbericht von 1963/64 wird uns davon erzählt. Hier heißt es: „Der Kreisverband hat sich die vorbildliche Aufgabe gestellt mit seiner Alternholung. Unsere alten Bürgerinnen und Bürger wollen gerne einige Wochen aus dem Trubel der Großstadt heraus. Alle, die sich bei uns zur Erholung angemeldet haben, sind Menschen, die in ihren Jugendjahren und auch noch im Alter tüchtig arbeiten mußten. Sie kannten keinen Urlaub und keine Erholung. (...) Sie, die glaubten, es kümmert sich ja doch niemand mehr um uns, fanden wieder Mut, wenn sie ihr Herz ausgeschüttet haben.“ Diese Erholungsangebote, die es vor allem im Mimberger Kinderheim gab – wenn es gerade nicht belegt war – hatten aber zusätzlich zur Erholung auch noch einen Beratungscharakter. Im Jahresbericht steht dazu: „Nach dem Abendessen saßen wir alle gemeinsam im Aufenthaltsraum. Dort war immer etwas los. Alte und neue Lieder wurden gelernt und gesungen, lustige Gesellschaftsspiele durchgeführt. Auch haben wir uns über die Arbeiterwohlfahrt und ihre Aufgaben an manchem Abend unterhalten, (...). Solche Abende waren interessant. So wurden die Teilnehmer auch aufgeklärt, daß sie bei einer kleinen Rente das Sozialamt in Anspruch nehmen sollen. Dort gibt es Kohलगeld und verschiedene Unterstützungen. Sie haben ein gesetzliches Recht, dies zu beanspruchen.“

Die Altenklubs

Eine weitere tragende Rolle für die Freizeitgestaltung der Älteren schaffte die Nürnberger AWO mit ihren Altenklubs. Im Jahr 1969 gab es 17 solcher Klubs. Ein Betreuer eines Altenklubs schildert uns diese Begegnungen, die unter anderem in der Erholungszeit in Mimberg entstanden sind: „Die Atmosphäre bei den Klubtreffen ist wie in einer großen Familie. Fehlt einmal ein Mitglied, so überlegt man gemeinsam, warum es wohl nicht kam und ob man es besuchen sollte. Alle Planungen und Entscheidungen werden von den Klubmitgliedern durchgeführt, auch wenn es dabei manchmal zu Meinungsverschiedenheiten kommt. Man diskutiert eben so lange, bis man eine vernünftige Lösung gefunden hat.“ Bis zu 35 ältere Menschen trafen sich circa alle drei Wochen, zum Beispiel im Bierstüberl des Altenheimes. Es wurde gemeinsam gesungen und Gedichte vorgetragen. Ein Teilnehmer, so erzählt der Betreuer „ist ein wahrer Künstler der Mundharmonika.“ Sehr gerne unternahmen die Älteren von Nürnberg aus auch Tagesausflüge. Zum Beispiel in die Fränkische Schweiz oder „in einen schöngelegenen Ort, in dem es die Möglichkeit zur Besichtigung gibt.“

NÜRNBERGER PRIDE WEEKS: BESONDERE FORMATE FÜR BESONDERE ZEITEN



Der Nürnberger Christopher Street Day im vergangenen Jahr. Diesmal haben sich die Veranstalter*innen neue Formate einfällen lassen - angepasst an die Hygieneschutzbestimmungen.

von MANFRED KÜMMERLING,
kommissarischer Vorsitzender SPDqueer
Mittelfranken

Dieses Jahr ist alles anders. Die Prides wurden aufgrund der Coronamaßnahmen in ihrer bekannten Form abgesagt. Dafür wurden neue und kreative Wege gefunden, um trotzdem für LGBTIQ-Rechte zu demonstrieren und aufmerksam zu machen, hauptsächlich über Facebook und Instagram.

Beim anstehenden Nürnberger Christopher Street Day (CSD) wird es wenigstens wieder ein klein wenig möglich sein, persönliche Präsenz zeigen zu können. Der CSD-Verein Nürnberg hat ein wirklich gutes neues Konzept ausgearbeitet, das wir als SPDqueer Mittelfranken sehr gerne unterstützen. Mit Abgeordneten und kommunalen Politikern werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten teilnehmen und Flagge zeigen.

Für uns als Arbeitsgemeinschaft SPDqueer Mittelfranken hat uns die Situation genauso vor Probleme und Herausforderungen gestellt wie jede andere Arbeitsgemeinschaft (AG) oder Ortsvereine auch. Unsere AG lebt ganz besonders von den persönlichen Treffen bei den politischen Stammtischen und den Kontakten in der Szene. Es wird immer schwieriger, Leute für queere Politik zu begeistern, da wir ja schon die Ehe für alle durchgesetzt haben. „Ihr habt doch alles erreicht“ bekommen wir immer wieder zu hören. Aber natürlich gibt es noch viel



mehr, wofür wir uns einsetzen und kämpfen müssen, z. B. die Diskriminierung beim Blutspenden. Ganz ehrlich, ein Jahr ohne Sex ist doch keine Option, oder? 😊 Ebenso muss endlich das Transsexuellen-Gesetz reformiert werden und auch die Lage in Polen mit LGBTIQ-freie Zonen ist ein Thema, für das wir gerne auf die Straße gegangen wären, aber leider kam Corona dazwischen. Nachdem Andrzej Duda die Wahlen erneut gewonnen hat, wird uns dieses Thema noch länger beschäftigen.

Von Dr. Ulrich Blaschke wurde auch zu Beginn der neuen Stadtratsperiode ein Antrag auf Erarbeitung eines Masterplans

„Queeres Nürnberg“ durch die Stadtverwaltung, in Kooperation mit der Nürnberger Szene, eingebracht. Gerne hätten wir diesen den Leuten in persönlichen Veranstaltungen und Gesprächen näher gebracht und darüber informiert, was leider nicht möglich war.

Für das queere Leben allgemein ist die Coronazeit auch nicht einfach. Die gewohnten Schutzräume der Szene mit ihren Bars sind nach wie vor größtenteils geschlossen. Darunter leiden die Leute und ganz besonders auch die Wirte und Kulturschaffenden der queeren Szene. Hier müssen wir auch darauf achten, dass wegen Corona kein Szenesterben stattfindet und die Schutzräume und Kultur erhalten bleiben.

Mittlerweile konnten wir auch wieder einen ersten Stammtisch mit Sitzung durchführen und haben bemerkt, wie sehr uns das persönliche Miteinander gefehlt hat. Keine Videokonferenz kann ein zwangloses Gespräch ersetzen, in dem man vom einem zum anderen kommt und wieder auf interessante Themen stößt, die die Menschen beschäftigen und die man so nicht auf dem Schirm hat. Leider finden unsere Treffen im Moment noch sehr eingeschränkt und spontan statt. Wir hoffen, dass wir uns bald wieder jeden dritten Donnerstag zum Stammtisch im Café Cartoon treffen können und vielleicht gesellt sich ja der ein oder andere interessierte Leser dazu. Bis dahin findet Ihr unsere Termine zu den Treffen immer auf Facebook.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Es war ein langer und steiniger Weg. Aber am Ende haben wir das Ziel erreicht und die Grundrente gegen den Widerstand von CDU und CSU durchgesetzt. Davon sollen ab dem kommenden Jahr 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner profitieren, insbesondere Frauen. Unser Kampfgeist hat sich gelohnt und wird das Leben von vielen Menschen besser machen.

Die Grundrente ist ein Zuschuss, der auf die „normale“ Rente obendrauf kommt. Bekommen werden ihn diejenigen, die mindestens 33 Jahre „Grundrentenzeit“ vorweisen können und trotzdem nur eine geringe Rente haben. Grundrentenzeiten sind Zeiten, in denen in die Rentenkasse eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden. Uns war es wichtig, die Erziehungsleistung, die Pflege sowie Teilzeitarbeit zu berücksichtigen, da ansonsten viele Frauen keine Chance auf die Grundrente gehabt hätten. Die neue Grundrente gilt auch für diejenigen, die schon heute eine Rente beziehen. Auch Zeiten einer Pflichtversicherung von Selbständigen werden berücksichtigt.

Die Grundrente ist keine Sozialleistung. Sie ist vielmehr eine Wertschätzung, wenn jemand jahrelang eingezahlt oder in der Familie Verantwortung übernommen hat. Das ist wichtig, weil es auch das Signal mit sich bringt: Im Alter steht eben nicht der Gang zum Sozialamt. Natürlich kann die Grundrente nicht alle Probleme lösen. Auch mit dem Zuschlag lassen sich keine großen Sprünge machen. Und es werden auch nicht alle die notwendigen 33 Jahre an Grundrentenzeiten erreichen. Das schmälert aber nicht die Bedeutung der Reform. Sie ist letztlich der nächste Schritt, nachdem wir das Rentenniveau bis 2025 gesichert und zwei Rentenpakete durchgesetzt haben, mit dem vorzeitigen Renteneintritt für langjährig Beschäftigte und der Erhöhung der Erwerbsminderungsrente.

Dabei gilt das Prinzip: Wenn wir uns für eine starke gesetzliche Rente einsetzen, dann setzen wir uns nicht nur für die heutige Generation der Rentnerinnen und Rentner ein, sondern auch für die künftige. Gerade in Zeiten von Corona ist wieder deutlich geworden, dass die Bedeutung der Kassiererin im Supermarkt oder der Pflegekräfte nicht ausreichend gewürdigt wird. Die Grundrente ist speziell für diejenigen, die zum Teil in Teilzeit und mitunter eher gering entlohnten Branchen arbeiten. Nicht nur jetzt – sondern auch für diejenigen, die morgen oder übermorgen in Rente gehen.



DIE GRUNDRENTE KOMMT!

Wie hoch der Zuschuss ist, wird im Einzelfall ermittelt. Hier ist ein Beispiel des Arbeitsministeriums:

> Eine Leipziger Bauingenieurin hat bis zum Mauerfall gut verdient, wurde jedoch arbeitslos, als ihre Firma insolvent ging. Nach ein paar Jahren fand sie wieder Arbeit in unterschiedlichen Bereichen – allerdings unterhalb ihrer Qualifikation. Ihre Altersrente beläuft sich nach 39 Beitragsjahren somit nur auf 778 Euro (brutto). Trotz der Arbeitslosigkeit erfüllt sie die Voraussetzungen von mindestens 33 Jahren an „Grundrentenzeiten“, sodass sie mit der Grundrente auf eine Monatsrente von 982 Euro kommt.

Die SPD hatte sich für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung eingesetzt. Über den Koalitionsvertrag hinaus haben wir zumindest durchgesetzt, dass keine Vermögensprüfung erfolgt. Niemand muss den in Jahrzehnten gefüllten Sparstrumpf aufbrauchen oder das Eigenheim verkaufen, um Grundrente zu bekommen. Partnereinkommen oder andere Zusatzeinnahmen neben der Rente werden jedoch auf die Grundrente angerechnet, wenn ein Freibetrag (1.250 Euro bei Alleinstehenden und 1.950 Euro bei Paaren) überschritten wird. Das soll über einen automatisierten Datenabgleich mit dem Finanzamt erfolgen. Leider muss hierzu neue Bürokratie entstehen – auf Wunsch von CDU und CSU.

Die Grundrente ist kein Allheilmittel. Sie kann keine Probleme vollständig lösen, die Jahre

zuvor entstanden sind. Deswegen geht unsere Arbeit weiter. Dazu gehören ein armutsfester Mindestlohn, die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses und bessere Bezahlung für die Menschen, die unser Land auch in schweren Zeiten am Laufen halten.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion: Thorsten Brehm,
Vanessa Kurowski, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare





WIE MACHEN WIR UNSERE SCHULEN FIT FÜR DIE ZUKUNFT?

Arif Tasdelen gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags Markus Rinderspacher bei einem Schulbesuch.

von ARIF TASDELEN, MdL

Die aktuelle Corona-Pandemie stellt insbesondere unsere Schulen vor große Herausforderungen. Schulschließungen und die Umstellung auf Online-Unterricht haben die Schulen in Bayern vor eine absolute Ausnahmesituation gestellt. Dies bestätigten mir in den letzten Monaten auch viele Nürnberger Lehrerinnen und Lehrer in persönlichen Gesprächen. Ein Großteil der Schulen hatte nicht einmal eine Grundausstattung an Laptops, Tablets und PCs. Deshalb mussten Schüler*innen und Lehrer*innen ihre privaten Geräte für den Online-Unterricht nutzen. Ein einheitlicher Online-Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler scheiterte also schon an der fehlenden Ausstattung mit digitalen Endgeräten und Internetanschlüssen.

Diese Situation macht uns deutlich, dass die Digitalisierung der bayerischen Schulen noch

in den Kinderschuhen steckt. Als SPD-Fraktion fordern wir im Landtag bereits seit Jahren eine bessere digitale Ausstattung unserer Schulen. Digitale Endgeräte sollen nach unserem Wunsch künftig unter die Lernmittelfreiheit fallen, damit eine kostenfreie Ausstattung aller Schüler*innen und Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten sichergestellt ist. Auch bei der Finanzierung der IT-Betreuung soll der Freistaat den Schulen unter die Arme greifen. Außerdem sollen alle Lehrkräfte an bayerischen Schulen Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung wahrnehmen können.

Für mich steht fest: Wenn wir unsere Schulen fit für die Zukunft machen wollen, ist viel zu tun. Dazu gehört auch, dass alle Lehrkräfte unabhängig von der Schulart endlich die gleiche Eingangsbesoldung bekommen müssen. Denn ohne gleiche Bezahlung werden wir den Lehrkräftemangel an unseren Grund-, Mittel- und Förderschulen nicht lösen können.

Besonders am Herzen liegt mir auch eine angemessene Bezahlung der Schulsekretär*innen. In den Grund- und Förderschulen werden sie aktuell nach der Entgeltgruppe 4 bezahlt. Das sind bei einer Vollzeitbeschäftigten 1.500 Euro netto. Angesichts der großen Herausforderungen und zusätzlichen Aufgaben, die den Verwaltungsangestellten in den letzten Jahren entstanden sind, ist das keine angemessene Bezahlung. Deshalb fordere ich die Eingruppierung in die Entgeltgruppe 6 bis 8 TVöD.

Jetzt ist die Zeit, unsere Schulen zukunftsfähig zu machen. Dazu brauchen wir weiterhin den Dialog mit den Schulen, Lehrer*innen, Schüler*innen, Eltern und der gesamten Schulfamilie. Daran werde ich auch weiterhin im Bayerischen Landtag arbeiten, damit wir in Bayern die gleichen Bildungschancen für alle garantieren können.

SPD FORDERT IM LANDTAG MEHR TRANSPARENZ BEIM VERFASSUNGSSCHUTZ

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Zum Sicherheitsapparat in Deutschland gehören neben der Polizei auch die Nachrichtendienste. Während die Polizei erst eingreift, wenn eine Straftat passiert ist, werden Nachrichtendienste bereits im Vorfeld tätig und verhindern oft schwere Straftaten bevor sie passieren. Zum Schutz der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung haben neben dem Bund auch alle 16 Bundesländer eigene Verfassungsschutzbehörden, in Bayern das Landesamt für Verfassungsschutz. Wie alle Verfassungsschutzbehörden unterliegt der Bayerische Verfassungsschutz demokratischer Kontrolle. Das heißt, dass insgesamt sieben Abgeordnete des Parlaments im Parlamentarischen Kontrollgremium die Arbeit der Behörde überwachen, Akteneinsicht haben und auch zu den Räumen des Landesamts jederzeit Zugang haben. Viele dieser Befugnisse wurden zwischen 2003 und 2011 eingeführt, als ich selbst stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums war. Heute ist Horst Arnold (SPD-Fraktionschef aus Fürth) einer der sechs Abgeordneten des Bayerischen Landtags, die die Kontrolle des Landesamts für Verfassungsschutz wahrnehmen. Der siebte Stuhl ist aktuell unbesetzt – er würde der AfD zustehen, aber wir Abgeordneten haben bisher jeden von der AfD vorgeschlagenen Kandidaten abgelehnt.

Befeuert durch die Skandale um NSA und NSU ist mein persönlicher Eindruck, dass immer mehr Leute den Verfassungsschutzbehörden misstrauen. Die Folge aus den Skandalen waren mehrere Untersuchungsausschüsse, sowohl im Landtag als auch im Bundestag. Um das Vertrauen in die Behörden wiederherzustellen, hat sich die Politik um mehr Kontrolle und mehr Transparenz der Nachrichtendienste bemüht. Insbesondere im Bund haben sich aus den jeweiligen Untersuchungsausschüssen deutliche Änderungen in der Arbeit der Behörden und ihrer Kontrolle ergeben. Ein Baustein für mehr Transparenz ist die jährliche öffentliche Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste, die 2016 eingeführt wurde. Der Bundestag hat damit in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen



gemacht, weshalb die SPD solche Anhörungen auch in Bayern einführen will. Im Juli hat die SPD-Landtagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Landtag vorgelegt. Ich habe diesen Vorstoß in der Plenardebatte eingebracht, er wurde aber mit der Mehrheit der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Dabei wären solche Anhörungen ein Gewinn für alle Seiten: Das Parlament würde in seiner Kontrollfunktion gestärkt,

die Öffentlichkeit erhielte direktere Einblicke in die Arbeit der Behörden und auch das Landesamt für Verfassungsschutz würde davon profitieren. Einerseits schafft Transparenz Vertrauen, andererseits hat die Behörde so die Möglichkeit, direkt ihre Arbeit darzustellen. CSU und Freie Wähler stärken mit der Ablehnung unseres Vorstoßes nicht den Verfassungsschutz, sondern lassen eine Möglichkeit verstreichen, den Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit der Behörde nahezubringen.

WIE LÄUFT ES FÜR AZUBIS IN DER CORONA-KRISE?

Corona hat den Arbeitsmarkt derzeit fest im Griff. Auszubildende und Schulabgängerinnen mit dem Ziel, im Sommer eine Ausbildung anzufangen, sind davon stark betroffen. Jahangir Alam (24), Sprecher der Juso-SchülerInnen und Auszubildenden in Bayern und in der Jugend und Ausbildungsvertretung (JAV) am Klinikum Nürnberg, steht vor seiner Abschlussprüfung zum Gesundheits- und Krankenpfleger. Er berichtet von der Situation für Azubis in der Corona-Krise.

Theresa Petrasch im Gespräch mit Jahangir Alam

Wie würdest du die Situation für Azubis in der Corona-Krise beschreiben?

Es gab durch Corona sehr große Veränderung in der Ausbildung. Plötzlich ist der ganze Unterricht ausgefallen, Lehrlinge haben Lernunterlagen per Mail bekommen. Viele kommen mit dem Lernstoff ohne Unterstützung nicht zurecht. Und nicht alle Azubis haben die nötige Technik zu Hause, es fehlen z.B. Drucker, PCs oder Tablets, schnelles Internet und so weiter. Im März habe ich zufällig einen Azubi getroffen, der in der Stadt einen Copyshop suchte, um da seine Lernunterlagen auszudrucken, eine andere hat herumgefragt, ob sie sich einen Laptop ausleihen könnte.

Im Praxiseinsatz bei uns in der Gesundheitspflege entfallen oft die Anleitungen, gerade jetzt in dieser ungewöhnlichen Situation müssen die Kolleginnen und Kollegen auf Station noch mehr Aufgaben übernehmen. Bei fehlender Arbeitskraft werden dann oft Azubis eingesetzt. So wird das Ausbildungsziel verhindert. Auch mussten wir Schüler viele Hygieneartikel selbst besorgen, dafür haben wir bis jetzt keine Sonderzahlungen vom Arbeitgeber erhalten.

Welche Forderungen an Arbeitgeber und Gesetzgeber stellst du in Bezug auf die Corona-Krise?

An die Arbeitgeber stellen wir die Forderung, dass sie die Praxis-Anleitung sicherstellen. Außerdem müssen alle Hygieneartikel, auch für den Weg zum Betrieb, zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern monatliche Zulagen, wenn Azubis einem

großen Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind. Außerdem dürfen wir Azubis nicht einfach eingesetzt werden, wo ausgebildete Kräfte fehlen. Vom Gesetzgeber fordern wir gerade jetzt, unnötigen oder nicht relevanten Unterrichtsstoff wegzulassen. Außerdem wäre es gut, den Praxiseinsatz zu verkürzen und den fehlenden wichtigen Theorieunterricht stattfinden zu lassen.

Wie blickst du als JSAG-Sprecher auf die Entwicklungen für den diesjährigen Ausbildungsjahrgang?

Corona hat uns alle geschockt. Am meisten war aber der Abschlussjahrgang betroffen. Es ist besonders schwierig, sich alleine auf die Abschlussprüfungen vorzubereiten. Eine gute Alternative wäre deshalb meiner Meinung nach die Bildung der Abschlussnote aus dem Durchschnitt der bisherigen Noten gewesen. Ich hoffe, dass alle einen Ausbildungsplatz finden, mit dem sie sich gut



Jahangir Alam

anfreunden können und die neuen Azubis einen guten Start in ihre Ausbildung haben, trotz der Einschränkungen durch Corona.

Welche Tipps kannst du Azubis und künftigen Azubis geben, um gut durch die Corona-Zeit zu kommen?

Es ist eine schwierige Zeit, sowas haben wir noch nie erlebt. Wir müssen aber optimistisch bleiben, dann werden wir das hinkriegen. In den Schulen und den Ausbildungsbetrieben findet wieder Präsenzunterricht statt, beachtet dabei die Hygienevorschriften, zu eurem Schutz und für eure Mitschüler und eure Familie. Wenn ihr mit der Situation überfordert seid oder Unterstützung sucht, wendet euch an die JAV in eurem Betrieb oder an die Gewerkschaften.

Ein Auszug aus dem Kommentar unseres stellvertretenden Vorsitzenden, Nasser Ahmed, zum Lorenzer Kommentar-Gottesdienst am 19. Juli 2020.

„ Hat die Bayerische Polizei ein Rassismus-Problem? Das wurde der Bayerische Innenminister Herrmann (CSU) von den Nürnberger Nachrichten gefragt. Er antwortete unter anderem wie folgt: „Es gibt auch bei uns [in Bayern, Anm. NA] Rassismus. In Einzelfällen auch bei der Polizei. Jeder Fall ist umgehend aufzugreifen und muss Konsequenzen haben. Umgekehrt verbitte ich mir Pauschalvorwürfe gegen unsere Beamten.“

Der erste Satz erscheint mir entscheidend und sehr wichtig: **Es gibt auch bei uns in Bayern Rassismus.** Herrmann will uns damit sagen: Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem und die Polizei ist Teil der Gesellschaft. Es wäre verwunderlich, hätte die Polizei da kein Problem mit Rassismus. So weit, so gut. Doch dann wird die Herrmann'sche Aussage zweifelhaft: Rassismus gäbe es bei der Polizei nur in „Einzelfällen“. Herrmann parallelisiert gesellschaftlichen Rassismus und den in der Polizei. Während jedoch Rassismus in unserer Gesellschaft ein strukturelles Problem ist, sind es bei der Polizei plötzlich nur „Einzelfälle“. Das ist ein Widerspruch.

Denn genau, wie in der Gesellschaft lassen sich auch bei der Polizei und den Sicherheitskräften im Allgemeinen auch strukturelle Probleme erkennen. Das zeigt sich u.a. an unfassbaren Ermittlungsspannen der Sicherheitskräfte im Umgang mit dem rechten Terrorismus des sogenannten NSU oder in der beunruhigenden Vernetzung zwischen Rechter Szene und Sicherheitskräften, die sich jetzt ganz aktuell in einer Reihe an Drohmails niederschlagen, für die von Polizeirechnern Adressen von bekannten Migranten, Aktivisten und Politikern abgerufen wurden.

Das sind strukturelle Probleme! Und strukturelle Probleme muss man mit neuen Strukturen beheben. Wir brauchen Sonderermittler gegen rechte Netzwerke in den Sicherheitskräften, Unabhängige Beschwerdestellen für Opfer von Rassismus und neue Gesetze!

Minister Herrmann wehrt sich in den Nürnberger Nachrichten gegen so weitgehende Maßnahmen. Er sagt: das käme einem Pauschalverdacht gegen alle Beamte gleich und das „verbitte er sich“. Doch genau, wie in der Gesellschaft struktureller Rassismus kein Pauschalverdacht gegen jeden Einzelnen ist, so ist er es bei der Polizei auch nicht! Niemand der Demonstranten hat gesagt: alle Polizisten sind Rassisten. Denn das wäre falsch und ich sage: solche Pauschal Diskussionen bringen uns keinen Schritt weiter.



MUT ZUR WAHRHEIT

RASSISMUS UND POLIZEI – RACIAL PROFILING STUDIE JETZT!

Nasser Ahmed bei seiner Rede an die Demonstranten auf der Wöhrder Wiese Ende Juni.

Sondern wir müssen mit den Polizeibeamten an Strukturen arbeiten, die schwarze Menschen diskriminieren.

Ich möchte abschließend noch ein Plädoyer für die Bekämpfung des rassistischen sogenannten **Racial Profiling** halten. In vielen der beeindruckenden Reden bei der Black-Lives-Matter Demo an der Wöhrder Wiese kam das Thema auf. Schwarze Menschen werden am Bahnhof öffentlich schikaniert, indem sie regelmäßig ohne Anlass kontrolliert werden – ihre weißen Freunde nicht.

Viele fragen sich: woran liegt das? Ich denke Racial Profiling hat zwei Gründe: einmal haben Polizisten genau wie jeder andere auch Vorurteile. Und Rassismus ist das härteste aller Vorurteile. Dass Schwarze häufiger verdächtig wirken, kann auf Vorurteile zurückzuführen sein.

Doch ich denke der zweite Grund ist entscheidender und viel beunruhigender: in Bahnen und Bahnhöfen gilt das Bundespolizeigesetz. Dieses erlaubt Bundespolizisten anlasslose Kontrollen, um illegale Einwanderer auszumachen. Es heißt: Bundespolizisten sollen stichprobenartig vorgehen. Das klingt in der Theorie fast so, als ob egal wer in eine Bahn oder in einen Bahnhof marschiert, schwarz oder weiß, man bei – sagen wir – jedem 50. Mal in eine zufällige Kontrolle geraten kann. Doch die Realität sieht anders aus. Polizeibeamte haben ja gesetzlich keine genaue Maßgabe an der Hand, was stichprobenartig bedeuten soll. Also tun es viele Beamte, ohne es böse zu meinen, wohl nach äußeren Merkmalen, wie dem Aussehen.

Das heißt: stichprobenartig heißt für Schwarze etwas anderes als für Weiße. Jetzt kann man sagen: naja, dann zeigt man halt seinen Ausweis vor. So schlimm ist das nicht. Ich sage: nein! Das ist, ohne vielleicht

beabsichtigt zu sein, eine sehr große Gefahr für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Denn sonst gilt: es gibt keine Polizeikontrollen ohne Anlass. Wenn nun Umherstehende am Bahnhof ständig sehen, wie Schwarze kontrolliert werden, verstärkt sich ja das Vorurteil in der Gesellschaft auch noch: oh, da muss ja was im Busch sein, wenn die ständig kontrolliert werden. Und zudem ist es einfach auch menschlich sehr erniedrigend und entwürdigend, in seiner eigenen Heimatstadt, wo man geboren wurde, von der Polizei ständig befragt zu werden, ob man denn ein Illegaler ist.

Das muss ein Ende finden! Und ein erster Schritt ist die lange vom Innenministerium angekündigte Studie darüber. Wir müssen erstmal die wahren Ausmaße des Racial Profiling bei Bundespolizei und Landespolizeien herausfinden. Und dann sollten wir auf Basis der Erkenntnisse handeln. Tausende waren auf den Straßen und haben diese Studie und Reformen gefordert, sie haben von ihren Erfahrungen mit dieser Schikane berichtet. Was wäre besser, als genau hierüber in einer breit angelegten Studie jetzt endlich die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen? Doch ganz kurzfristig hat Bundesinnenminister Seehofer (CSU) die versprochene Studie jetzt abgesagt. Mit der Begründung Racial Profiling sei illegal, deshalb gebe es das nicht. Da braucht's keine Studie.

Diese Position des Innenministers ist skandalös und empörend! Wer in einer Demokratie die Wahrheit gar nicht wissen will, der ist ein Problem für die Demokratie! Die Demokratie braucht den Willen zur Wahrheit! Ich appelliere an Sie alle: lassen Sie uns den Mut zur Wahrheit haben! Und zu guter Letzt: Lassen Sie uns nicht mehr nur keine Rassisten, sondern Anti-Rassisten sein! “



Foto: Rüdiger Löster



Foto: Rüdiger Löster



Foto: Rüdiger Löster



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Die Geschäftsstelle der SPD Nürnberg ist geöffnet!

Die Öffnungszeiten im Juli sind:

Montag	09.30 – 17.00 Uhr
Dienstag	geschlossen
Mittwoch	12.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag	09.30 – 17.00 Uhr
Freitag	09.30 – 15.00 Uhr

Wir bitten vorab um eine telefonische Anmeldung unter 0911 438960.



Auch im August müssen noch einige Parteitermine ausfallen.

Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter www.spd-nuernberg.de.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nürnberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser der SPD-
Rathaus-Depesche,



hinter uns liegt ein turbulenter Juli, wie wir ihn schon lange nicht mehr hatten. Die Rettung der beiden Karstadt Warenhäuser in der Innenstadt und in Langwasser waren ein politischer Paukenschlag, mit dem fast niemand mehr zu rechnen gewagt hätte. Wir freuen uns darüber sehr und bedanken uns bei allen Akteuren, die an diesem Ergebnis mitgewirkt haben. Und auch der Fußballgott hat es in allerletzter Sekunde gut mit uns gemeint, mit so viel Aufregung, dass man es kaum ertragen kann. So etwas schafft nur unser Club.

Mit der Einführung des 365-Euro-Tickets oder den Plänen für die Sanierung des Volksbades packen wir gleich zu Beginn der neuen Ratsperiode die großen Themen an. Lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe über den „Masterplan Freiraum“ und unseren Standpunkt zum aktuellen Mietenspiegel in Nürnberg. Auch freuen wir uns über 100 neue Kleingärten anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Stadtverbandes der Kleingärtner und das neue Buskonzept Nürnberg-Süd. Freuen Sie sich über diese und weitere Themen quer durch die Nürnberger Stadtpolitik.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und einen wunderbaren & erholsamen Sommer.

Ihre

Claudia Arabackyj
stv. Fraktionsvorsitzende

Ringen um Karstadt: Große Freude über Erhalt beider Nürnberger Standorte



Unterschriftenaktion für Karstadt.
Von links nach rechts: Katharina Lorenz, Betriebsratsvorsitzende Karstadt Langwasser; Jaana Hampel, Gewerkschaftssekretärin, ver.di; Thomas Vieweg, Betriebsratsvorsitzender Karstadt Lorenzkirche; Thorsten Brehm, Fraktionsvorsitzender.

Nach der Karstadt-Filiale in der Innenstadt sind mit der Filialrettung im Franken-Center in Langwasser nun beide Nürnberger Karstadt-Standorte gesichert. Die Zukunft der Beschäftigten und ihrer Familien lag uns als SPD dabei sehr am Herzen. Diese können nun endlich aufatmen und behalten ihre Arbeitsplätze.

Die Region stand in den letzten Wochen eng zusammen. Gewerkschaft, Betriebsrätinnen und -räte, Stadtspitze und Parteien zogen an einem Strang. Und die Solidarität in der Bevölkerung

gegenüber den Beschäftigten war riesig. Das hat wohl nicht nur in der Konzernleitung Eindruck gemacht, sondern auch bei den Vermietern der beiden Immobilien. Dass die Immobilieneigentümer nun die Mieten senken und damit ihren Beitrag zur Standortsicherung leisten, ist ein kluger Schritt und langfristig auch in ihrem wirtschaftlichen Interesse.

Als SPD drängen wir nun darauf, das Umfeld der beiden Standorte aufzuwerten. Natürlich ist der öffentliche Raum vor den Gebäuden auch eine >>

Visitenkarte für die Geschäfte selbst. Zum Beispiel die Aufwertung der U-Passage an der Lorenzkirche ist eigentlich schon lange überfällig. Diese sollten wir jetzt zügig angehen und unseren Beitrag dazu leisten, dass das Gesamtambiente für den Einkauf passt.

Bei aller Freude über die positiven Nachrichten bleibt aber auch grundsätzlich der Druck auf den stationären Einzelhandel wegen der Internetriesen groß. Die Konzernleitung muss deshalb zusammen mit der Belegschaft ein Zukunftskonzept für das Modell „Warenhaus“ erarbeiten, das neue Zielgruppen und Umsätze erschließt. Passiert das nicht, werden wir in ein paar Jahre die Debatten der letzten Wochen wiederholen.

Als Einzelhandelsstandort müssen wir als Stadt Nürnberg aber auch eine entsprechende Gesamtstrategie (weiter-) entwickeln. Gerade die sogenannten B-Standorte außerhalb der Altstadt wie Langwasser oder der Aufseßplatz haben in den letzten Jahren an Qualität und Anziehungskraft verloren. Wollen wir diese Einzelhandelszentren dauerhaft sichern und nicht den „Ramschläden“ preisgeben, braucht es dringend Impulse und neue Ideen für die weitere Entwicklung. Auf die gute Zusammenarbeit aller Akteure in den letzten Wochen lässt sich hier sicherlich aufbauen.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich: Thorsten Brehm

Redaktion: Michael Arnold

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Nürnberg: Das 365-Euro-Ticket kommt, die VAG-Fahrpreise bleiben stabil



Das 365-Euro-Ticket für den Nürnberger Nahverkehr kommt. Als SPD lösen wir mit dem am 17. Juni 2020 erfolgten Beschluss im Stadtrat eines unserer Versprechen aus dem Wahlkampf ein und stärken damit den Umweltverbund in Nürnberg. Auf Initiative von Bürgermeister Christian Vogel konnte hierfür mit den Initiatoren eines entsprechenden Bürgerbegehrens ein Kompromiss erzielt werden.

Zukünftig ist man für umgerechnet einen Euro am Tag unterwegs – sozusagen mit VAG-Dauersparpreis. Nun müssen wir bei den Nachbarkommunen werben, dass sie ebenfalls mitmachen und das Ticket nicht nur in Nürnberg gültig sein wird. Außerdem müssen wir Bund und Land davon überzeugen, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Spätestens 2023 soll dann die Einführung erfolgen.

Darüber hinaus werden die Besitzer des NürnbergPASSES bereits ab 2021 für 15 Euro im Monat ohne Ausschlusszeit Busse und Bahnen nutzen können. Für Schülerinnen und Schüler gibt es zudem wie geplant zum diesjährigen Schuljahreswechsel ein 365-Euro-Jahresticket. Außerdem sollen die Fahrpreise bis 2022 eingefroren und nicht weiter erhöht werden.

Die nun beschlossenen Maßnahmen kosten viel Geld, sind aber eine gute Investition in die Lebensqualität und Nachhaltigkeit unserer Stadt. Das Geld ist gut angelegt und zeigt, dass wir es mit unseren Wahlkampfversprechungen ernst meinen und sie einlösen.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Erfolgsmodell „Masterplan Freiraum“ wird fortgesetzt: Mehr Grünflächen für die Nürnbergerinnen und Nürnberger



Im „Masterplans Freiraum“ bündelt die Stadt Nürnberg seit 2014 ihre Aktivitäten und Planungen im Bereich des Stadtgrüns. Dieses Erfolgsmodell für Nürnberg wird fortgesetzt.

Die Nürnbergerinnen und Nürnberger wünschen sich mehr Möglichkeiten zur Entspannung und Erholung im Grünen, Rückzugs- und Begegnungsorte unter freiem Himmel, die für sie schnell erreichbar sind. Die Corona-Krise hat noch einmal in besonderem Maße die Bedeutung städtischer Grün- und Parkanlagen deutlich gemacht. Auch die Folgen des Klimawandels für die Stadtbewohner müssen durch mehr Grün, Wasser, Frei- und Frischluft-

schneisen abgefedert werden. Deshalb bleibt es eine Daueraufgabe in die Aufwertung, Pflege und Neuschaffung von Grün- und Erholungsräumen in der Stadt zu investieren.

In Nürnberg gibt es bei steigender Einwohnerzahl nur sehr begrenzt freie Flächen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass man nicht nur den dringend benötigten Wohnraum und Flächen für Unternehmen in den Fokus stellt, sondern auch besonders die Grünflächenplanung. Diese muss gleichberechtigt und langfristig von allen beteiligten Stellen innerhalb der Stadtverwaltung mitgedacht werden. Mit dem Masterplan Freiraum

SPD beunruhigt über Entwicklung des Nürnberger Mietenspiegels

Alle zwei Jahre wird der sog. Mietenspiegel in Nürnberg erstellt, um Orientierungshilfe bei der Festlegung der Miethöhe zu geben oder um zur Bewertung der Miethöhe im sozialen Bereich beizutragen.

Die Durchschnittsmieten sind seit 2018 von 7,98 auf 8,54 Euro je Quadratmeter im freifinanzierten Wohnungsbau gestiegen. Die Mietpreise steigen damit immer noch deutlich schneller als die Lebenshaltungskosten.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen wird die Bedeutung der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft wbg und des geförderten

Wohnungsbaus einmal mehr unterstrichen. Im Jahresdurchschnitt 2019 hatte die wbg im Gesamtbestand eine Durchschnittsmiete von 6,54 Euro pro Quadratmeter, im geförderten Wohnungsbau waren es sogar nur 5,43 Euro.

Nun drängen wir als SPD-Fraktion im Rathaus darauf, kreativer als zuvor alle wohnungspolitischen Instrumente zu nutzen. Daher haben wir z.B. die Forderung nach sog. „Erhaltungssatzungen“ eingebracht, um Investoren zu zwingen auch auf Grundstücken, für die kein Bebauungsplan erlassen wird, preisgünstige Mieten im geförderten Wohnungsbau anzubieten.

haben wir dafür ein geeignetes Instrument. Die bisherige Bilanz kann sich durchaus sehen lassen: Als eine der wenigen Großstädte in Deutschland entstehen bei uns neue Parks und Grünanlagen. Sehr wichtig ist hierbei der Quellpark im mit Grün bisher unterversorgten Stadtwesten. Aber auch der Nelson-Mandela-Platz wird ein grüner Treffpunkt in einem Bereich, der bisher eher grau und trist daherkam. Der Mini- bzw. Pocketpark in der Nonnengasse ist eine wirkliche „Großstadt-oase“ geworden und die Flussterrassen, die – auf unsere Initiative hin – in der Innenstadt entlang der Pegnitz entstanden sind, erfreuen sich großer Beliebtheit und bieten an heißen Sommertagen Abkühlung und Erholung.

Wir freuen uns über den ambitionierten Aktionsplan, der Teil des aktualisierten Masterplans ist und eine Reihe von neuen Grünprojekten enthält. Ein Modellprojekt mit Vorbildcharakter ist beispielsweise der Plan, „Grüne Wege“ durch die Stadt entstehen zu lassen. Ein solcher „Grüner Weg“ soll künftig u.a. an der Strecke vom Plärrer bis zum Faberwald entstehen. Dabei geht es darum, eine attraktive, lärm- und verkehrsberuhigte Route auf fußgänger- und radfreundlichen Wegen zu schaffen, dabei bestehende Grünanlagen miteinander zu verbinden und weitere Begrünung – gerade in bisher unterversorgten Straßenzügen – zu ermöglichen, z.B. durch Baumneupflanzungen.

Die konzeptionelle Grundlage liegt vor, nun geht es bei den Haushaltsberatungen im Herbst darum, diese auch finanziell ausreichend zu unterlegen.

Weitere Informationen:
Gerhard Groh;
Christine Kayser;
spd@stadt.nuernberg.de



Der Einsatz für bezahlbaren Wohnraum bleibt einer der zentralen Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik in Nürnberg. Die SPD-Fraktion wird weitere Ideen einbringen, wohlwissend, dass es nicht den einen Hebel gibt, um das Problem steigender Mieten in den Griff zu bekommen. Wir brauchen einen Mix an Maßnahmen und in einer wachsenden Stadt vor allem eines: Mehr Neubau.

Weitere Informationen:
Fabian Meissner;
spd@stadt.nuernberg.de



Volksbad: 7,5 Mio. Euro Bundesförderung in Aussicht

Wir freuen uns über die erfolgte Ankündigung des Bundes, das Nürnberger Volksbad als eines von 26 „Nationalen Projekten des Städtebaus“ mit insgesamt 7,5 Millionen Euro fördern zu wollen - 4 davon im Jahr 2020 und weitere 3,5 im Folgejahr. Zusammen mit den versprochenen 18 Millionen Euro vom Freistaat kommen wir damit der Reaktivierung der Jugendstilperle am Plärrer wieder einen wichtigen Schritt näher. Mit diesen Finanzzusagen könnten wir das Volksbad zu vertretbaren Kosten wiedereröffnen und müssten nicht mehr als für einen Bad-Neubau zahlen. Diese Gelegenheit sollten wir beim Schopfe packen. Im Westen fehlen seit Langem Wasserflächen für die Schülerinnen und Schüler aber auch für die Vereine. Hier könnte ein lang existierendes Defizit behoben werden.

Zusammen mit Bürgermeister Christian Vogel, unter dessen Federführung derzeit die



Pläne für das „neue“ alte Volksbad entwickelt werden, setzt sich die SPD schon seit Jahren dafür ein, dass das Jugendstilbad im Nürnberger Westen wieder aus seinem Dornröschenschlaf erwachen kann.

Natürlich macht uns die aktuelle Corona-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen Auswirkungen

gen auch als Kommune zu schaffen. Wir haben deshalb auch immer betont, dass hierzu nochmals alle Projekte auf den Prüfstand müssen. Schließlich bleibt die Stadt auch mit der Finanzierungszusage des Bundes Hauptfinanzier. Andererseits gibt uns dieser Förderscheck ein Stück weit mehr Luft, um dieses auch städtebaulich wichtige Projekt anzugehen. Die Reaktivierung des Volksbades könnte mit der geplanten Aufwertung des Plärrers einen wichtigen Impuls für das gesamte Umfeld geben.

Wir gehen davon aus, dass trotz der Corona-Pandemie noch dieses Jahr der Stadtrat über die Zukunft des Volksbades entscheiden wird.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

Aus den Stadtteilen

MÖGELDORF

In einem Antrag fordert die Rathaus-SPD die Fahrbahndecke der Ostendstraße zu sanieren. Bei den zugehörigen Planungen sollen die Belange der Verkehrsteilnehmenden jenseits des LKW- und Autoverkehrs stärker berücksichtigt, also mehr für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen getan werden. Außerdem sollen die Themen „Grün“ und „Bäume“, bzw. deren Erhalt, eine größere Rolle spielen sowie die Straßenbahn in ein grünes Gleisbett gelegt werden.

RANGIERBAHNHOF

Aufgrund von Baumaßnahmen vor Ort wurde der P+R-Parkplatz Rangierbahnhof vor Kurzem gesperrt. SPD-Stadtrat Gradl machte sich erfolgreich für eine (temporäre) Wiedereröffnung stark, die umgesetzt wurde und so die Pendler vor Ort entlastet. Mitte August muss der P+R-Platz baustellenbedingt allerdings wieder geschlossen werden. Eine erneute Öffnung im Anschluss wird derzeit geprüft. Gradl und die SPD-Fraktion hoffen, dass der Pendlerparkplatz auch danach wieder geöffnet werden kann. Als Ersatz wurde mittelfristig ein Alternativstandort im Bereich Langwasser (evtl. P+R-Platz Langwasser Süd) in Aussicht gestellt, den die Verwaltung prüfen will.

Aus dem Stadtrat

SPD ERREICHT NEUE PLÄTZE FÜR KLEINGÄRTEN IN NÜRNBERG

Der Einsatz von SPD-Stadtrat Lorenz Gradl für

mehr Kleingärten in Nürnberg war erfolgreich: Die Stadt Nürnberg schenkt dem Stadtverband der Kleingärtner zum 100. Jubiläum 100 neue Parzellen. Zusätzlich werden weitere 60 als Ausgleich für in der Vergangenheit weggefallene oder noch aufzugebende Kleingärten geschaffen. Als erstes wird die Kleingartenanlage Ideal e.V. in Röthenbach b. Schweinau um 52 neue Parzellen erweitert. Auch an anderen Standorten im Stadtgebiet werden neue Gärten geschaffen. Der Wunsch nach einem Kleingarten ist bei den Nürnbergerinnen und Nürnbergern ungebrochen groß. Vor allem bei den Jüngeren und Familien steht das Kleingärtnern wieder hoch im Kurs.

BUSKONZEPT NÜRNBERG-SÜD KOMMT

Der Nürnberger Süden bekommt eine verbesserte Busanbindung. Die zukünftige Express-Buslinie 53 startet im Dezember 2020 zur Probe und soll von der Meistersingerhalle über die Bauernfeindstraße und Kornburg bis nach Schwand geführt werden. Zudem wird die Linie 51 bis zur neuen Haltestelle „Kleinschwarzenlohe Nord“ verlängert. Bereits 2009 startete SPD-Stadtrat Harald Dix eine erste Initiative. 2017 verstärkte die SPD gemeinsam mit dem Bürgerverein Kornburg und anderen Parteien im Stadtrat die Forderung nach einem Buskonzept Süd, das nun umgesetzt werden kann.

AMTSGÄNGE OHNE TERMIN: TEILÖFFNUNG GEFORDERT

In den letzten Monaten hat die Stadtverwaltung u.a. die Stärkung von Online-Ver-

fahren und die Umstellung des Publikumsverkehrs in den städtischen Ämtern auf Terminvereinbarung umgesetzt. Dem Vernehmen nach liegt die Anzahl der angefragten Termine jedoch deutlich unter der Zahl der Publikumsbesuche in regulären Vor-Corona-Zeiten. Zudem werden zahlreiche vereinbarte Termine durch die Bürger*innen nicht wahrgenommen. Die SPD-Stadtratsfraktion fordert deshalb ein Konzept für die Wiederaufnahme von Publikumsverkehr ohne Terminvergabe in städtischen Ämtern mit hohem Publikumsanteil. Dabei soll dem Gesundheitsschutz von Mitarbeitenden und Besucher*innen höchste Priorität eingeräumt werden.

WECHSEL IN DER FRAKTIONSGESCHÄFTSFÜHRUNG

Seit dem 13. Juli 2020 ist Michael Arnold neuer Geschäftsführer der SPD-Stadtratsfraktion. Der 34-jährige Diplom-Politologe war vorher vier Jahre als SPD-Parteigeschäftsführer im Nürnberger Karl-Bröger-Haus tätig und arbeitete davor beim Bundestagsabgeordneten Martin Burkert in Berlin als Referent und wissenschaftlicher Mitarbeiter. Arnold tritt die Nachfolge von Anja Klier an, die voraussichtlich im August Mutter wird.

KORREKTUR

In der letzten Rathaus-Depesche wurde Stadträtin Elke Härtel fälschlicherweise die Funktion der SÖR-Sprecherin zugesprochen. Härtel ist stv. gesundheitspolitische Sprecherin und stv. Sprecherin für das NürnbergStift (NüSt). Sprecher für SÖR ist Stadtrat Lorenz Gradl.